

**abgeschlossen am
24. Januar 2002**

	<u>Seite</u>
1. Streit um Konjunkturprogramm hält an	1
2. Congress verabschiedet Bildungsreform	2
3. Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 107. Congress: Überparteilichkeit und Dissens	3
4. Das Programm der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperationsdruck und Profilierungszwang	7
5. Nachwahlen zum Repräsentantenhaus in South Carolina und Oklahoma	9

1/2002

0. Der 107. Congress hat seine zweite Sitzungsperiode am 23. Januar 2002 begonnen. Im Repräsentantenhaus stehen sich 222 Republikaner, 210 Demokraten und 2 Unabhängige (bei einer Vakanz, siehe Punkt 5) gegenüber. Im Senat verfügen die Demokraten über 50 Sitze, einen mehr als die Republikaner. James Jeffords vertritt den Bundesstaat Vermont seit seinem Austritt aus der republikanischen Partei im Juni 2001 als Unabhängiger im Senat.

1. Streit um Konjunkturprogramm hält an

Die Ablehnung des von Präsident Bush Mitte Dezember 2001 vorgelegten Kompromissvorschlags für ein Konjunkturprogramm (vgl. CR 12/2001, S. 2) durch die Demokraten im Congress hat zu einer neuen Runde wechselseitiger Schuldzuweisungen für das bisherige Scheitern der Verhandlungen geführt. Dennoch zeigen sich beide Seiten bemüht, ihre Verhandlungsbereitschaft zu demonstrieren und neue Kompromissoptionen auszuloten.

Während das Repräsentantenhaus am 20. Dezember einen Kompromissvorschlag unter republikanischer Federführung mit 223 gegen 193 Stimmen verabschiedet hat, ist es den Republikanern im Senat nicht gelungen, noch im Dezember einen gleichlautenden Gesetzesentwurf zur Abstimmung zu bringen.

In Reaktion auf die Abstimmungsblockade haben Vertreter der Administration ebenso wie führende Republikaner im Congress ihre Kritik vor allem auf *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) konzentriert und werfen ihm öffentlich vor, aus parteipolitischen Motiven eine Obstruktionsstrategie zu verfolgen, die eine schnelle konjunkturelle Erholung in Frage stellt.

Die Demokraten haben im Gegenzug versucht, die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Bush-Administration für die anhaltende Konjunkturflaute verantwortlich zu machen. Sie heben insbesondere hervor, dass die umfangreichen Steuersenkungen, die auf Vorschlag des Präsidenten 2001 beschlossen worden sind (vgl. CR 6-7/2001, S. 3), zu erneuten Haushaltsdefiziten führen würden. Dies verhindere ein Absinken der Zinssätze an den Kapitalmärkten und verzögere so ein Wiederanspringen der Konjunktur.

Präsident Bush hat jedoch bereits verdeutlicht, dass er eine Rücknahme oder auch nur vorübergehende Aussetzung der umstrittenen Komponenten seines Steuerreformpaketes entschieden ablehnt, und den Demokraten vorgehalten, sie wollten ungeachtet der konjunkturell schwierigen Lage zu ihrer herkömmlichen Hochsteuerpolitik zurückkehren.

Angesichts der verfahrenen Situation hat Majority Leader Tom Daschle Mitte Januar empfohlen, die nicht konsensfähigen Vorschläge beider Seiten aus den Verhandlungen auszuklammern, um wenigstens ein kleiner dimensioniertes Sofort-Programm auf den Weg bringen zu können.

Der von Daschle in einem Brief an Präsident Bush erläuterte Vorschlag reduziert das Finanzvolumen des Konjunkturprogramms von ca. 100 Mrd. USD auf ca. 69 Mrd. USD und umfasst

- eine Verlängerung des Zeitraumes, in dem Arbeitslose Versicherungsleistungen erhalten können,
- einen einmaligen Steuerrabatt von 300 USD für die unteren Einkommensgruppen,
- zusätzliche kurzfristige Steuervergünstigungen, die Firmen für Investitionen eingeräumt werden sollen,
- erhöhte Bundeszuschüsse für die Medicaid-Programme der Einzelstaaten, die angesichts der drastischen Steuerausfälle in akute Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind.

Keine Aufnahme in das Minimal-Paket fanden dagegen die demokratischen Vorschläge, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu erhöhen und zusätzliche Hilfen für die Krankenversicherung zu gewähren. Nicht berücksichtigt wurden zudem die ursprünglichen republikanischen Vorschläge, die Mindestbesteuerung von Unternehmen abzuschaffen und bereits beschlossene Steuersenkungen vorzuziehen.

Während Präsident Bush Daschles Vorstoß als Signal demokratischer Verhandlungsbereitschaft begrüßte ohne inhaltlich Stellung zu nehmen, reagierten Vertreter der republikanischen Partei im Congress mit sichtlicher Skepsis. Sie fordern, dass zunächst die Vorlagen beider Parteien im Senat zur Abstimmung kommen sollen. Erst nach einem Scheitern beider Vorlagen könne über eine 'kleine Lösung' verhandelt werden.

2. Congress verabschiedet Bildungsreform

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 12/2001, S. 3) hat auch der Senat am 18. Dezember 2001 das von Präsident Bush initiierte Bildungsreformpaket mit großer Mehrheit angenommen. 87 Senatoren stimmten für die Vorlage (*No Child Left Behind Act*), nur 10 gegen sie.

Präsident Bush unterzeichnete die Gesetzesvorlage in einem gemeinsamen Auftritt mit Senator Edward Kennedy (D-Mass.) und lobte die konstruktive Zusammenarbeit der beiden Parteien in der Bildungspolitik. Die enge Kooperation der Administration mit Senator Kennedy, einem der profiliertesten Gegner konservativer Reforminitiativen, hatte die Kompromissaushandlung zwischen Republikanern und Demokraten (vgl. CR 4/2001, S. 8) wesentlich erleichtert.

Das Reformgesetz sieht eine erhebliche Ausweitung der Rolle des Bundes in der Finanzierung und Kontrolle der Grund- und weiterführenden Schulen in den kommenden

Jahren vor. Die Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten, die bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 2001 aufgestockt worden sind, sollen in den nächsten fünf Jahren nochmals um ca. 26 Mrd. USD erhöht werden. Zudem hat Präsident Bush durchgesetzt, dass den Einzelstaaten in der Mittelverwendung größere Spielräume zugestanden werden.

Dafür müssen sich die Einzelstaaten verpflichten, in standardisierten Tests jährlich das Leistungsniveau der Schüler und Schülerinnen zu überprüfen und Fortschritte nachzuweisen. Schulen mit schlechter Finanzausstattung sollen dabei überdurchschnittlich hohe Zuweisungen erhalten. Eltern mit Kindern in Schulen, die unterdurchschnittliche Leistungsniveaus ausweisen, wird ein Recht auf Schulwechsel eingeräumt und staatliche Beihilfen für private Nachhilfe und Lernmaterialien in Aussicht gestellt.

Präsident Bush ist es mit der Annahme der Bildungsreform durch den Congress gelungen, eines seiner wichtigsten Wahlkampfversprechen (vgl. CR 1/2001, S. 4) einzulösen. Das verstärkte Engagement des Bundes in der Bildungspolitik gilt als ein zentrales Element und Markenzeichen des von Bush propagierten *compassionate conservatism*. Die konservative Mehrheit der Republikanischen Partei hatte noch in den 1990er Jahren die Abschaffung des Bildungsministeriums und die Reduzierung der Bundesmittel gefordert.

Möglich wurde der Erfolg jedoch auch durch substantielle Zugeständnisse der Administration an die demokratischen Congress-Fraktionen. Die Demokraten konnten höhere Finanzmittel und bundeseinheitliche Teststandards durchsetzen. Zusätzlich gab die Administration auch in der Frage der umstrittenen *school vouchers*, Gutscheinen zur Finanzierung des Besuchs von Privatschulen, nach und klammerte den unter Konservativen populären Vorschlag aus dem Reformpaket aus.

Keine Aufnahme in die Reform fand zudem die Erhöhung der staatlichen Förderung behinderter Schüler, die von Demokraten wie Republikanern vom linken Flügel der Partei gefordert worden ist. Der Streit um diese zusätzlichen Fördermittel war einer der Gründe für den Austritt von Senator James Jeffords (I-Vt.) aus der republikanischen Fraktion, die im Sommer 2001 zu einem Mehrheitswechsel im Senat geführt hat (vgl. CR 6-7/2001, S. 1).

3. Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 107. Congress: Überparteilichkeit und Dissens

Während die erste Sitzungsperiode des 107. Congress zunächst durch ein erhebliches Maß an Polarisierung zwischen den Parteien im Congress sowie zwischen Präsident Bush und den Demokraten gekennzeichnet war (vgl. CR 6-7/2001, S. 1; CR 8/2001, S. 1), haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf New York und Washington eine Welle der Überparteilichkeit in Fragen der inneren wie äußeren Sicherheit in Washington ausgelöst.

Der Congress stellte sich sofort und nahezu einstimmig hinter den Präsidenten und sicherte ihm breite Unterstützung im „Krieg gegen den Terrorismus“ zu. Im Gegenzug zeigten sich allerdings auch Präsident und Administration insbesondere gegenüber den demokratischen Fraktionen im Congress zu weitreichenden Zugeständnissen bereit (vgl. CR 11/2001, S.1.).

So wurde bereits drei Tage nach den Terrorangriffen von beiden Kammern mit nur einer einzigen Gegenstimme (im Repräsentantenhaus) eine Ermächtigungsresolution zum Einsatz amerikanischer Streitkräfte beschlossen (vgl. CR 9/2001, S. 1). Vier Wochen später verabschiedete das Parlament dann ein Anti-Terror-Gesetz, durch das die Freiheitsrechte in den Vereinigten Staaten empfindlich beschnitten werden (vgl. CR 10/2001). Zwar regen sich gegen diese Entscheidung zwischenzeitlich kritische Stimmen (vgl. CR 12/2001, S. 6). Die Notstandsmaßnahmen werden von Congress und Öffentlichkeit jedoch bisher mehrheitlich gut geheiß.

Die Überparteilichkeit in Fragen der Terrorismusbekämpfung reflektiert das tiefe Gefühl der nationalen Bedrohung, das seit dem 11. September in den Vereinigten Staaten herrscht. Dieses Gefühl wurde zusätzlich durch eine Reihe landesweiter Milzbrandanschläge nach dem 11. September verstärkt, darunter auch gegen das Büro von *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) im Senat, worauf das *Hart Office Building* bis Mitte Januar 2002 geschlossen werden musste. Das Repräsentantenhaus unterbrach seine Arbeit nach den Milzbrandanschlägen im Rahmen einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung für eine Woche, auch wenn die Fraktionsspitzen beider Parteien erklärten, dass sie sich der terroristischen Bedrohung nicht beugen und ihre Arbeit fortsetzen würden.

In der amerikanischen Öffentlichkeit stößt der überparteiliche Schulterschluss zwischen Capitol und Weißem Haus in der Terrorismusbekämpfung auf große Zustimmung. So zeigten sich im Oktober 2001 88 Prozent der Befragten in einer Umfrage des *Pew Research Center* zufrieden mit den Schritten der amerikanischen Regierung in der Terrorismusbekämpfung. Im Dezember 2001 vertraten 78 Prozent darüber hinaus die Auffassung, dass mit dem Terrorangriff auf die USA und dem sich anschließenden Krieg in Afghanistan ein neues Kapitel der Weltgeschichte begonnen habe. Gleichzeitig zeigten sich 87 Prozent der Befragten zufrieden mit der Amtsführung Präsident Bushs (gegenüber 57 Prozent vor den Terrorangriffen im September).

Dabei hatte George W. Bush im Januar 2001 sein Präsidentenamt nach einem hauchdünnen und vor Gericht erkämpften Wahlsieg (vgl. CR 12/2000, S. 1; CR 11/2000, S. 1) sowie dem äußerst knappen Ausgang der Congress-Wahlen ohne klares politisches Mandat angetreten. Zudem galt sein Handlungsspielraum nach dem überraschenden Mehrheitswechsel im Senat und der Rückkehr zu *divided government* als zusätzlich eingeschränkt. Die demokratische Mehrheit im Senat beteuerte zwar, dass sie keine Obstruktionspolitik gegenüber dem Weißen Haus betreiben wolle. Gleichzeitig ging sie einer programmatischen Abgrenzung gegenüber Bush aber nicht aus dem Weg. In der Innenpolitik war die Bereitschaft zum Dissens nach dem überparteilichen Sog im Congress im Zuge der Terrorangriffe jedoch stärker als in der Außenpolitik.

In der Innenpolitik konnte Präsident Bush bereits vor den Terror-Anschlägen seine Prioritäten nur durch substantielle Zugeständnisse an die Demokraten wie Kritiker aus der eigenen Partei durchsetzen. Dies gilt selbst für Bushs größten Erfolg, die Verabschiedung des umfangreichen Steuerreformpakets im Juni 2001, die noch vor dem Mehrheitswechsel im Senat erreicht werden konnte (vgl. CR 6-7/2001, S. 3).

Ungeachtet der Ablehnung des Reformpakets durch eine Mehrheit der demokratischen Congress-Fraktionen unter Verweis auf die ungleiche Verteilung der Steuerentlastungen und die drohenden Haushaltsrisiken, kam die Administration den konservativen und zentristischen Demokraten, deren Stimmen sie für die Verabschiedung im Senat benötigte, im Umfang wie dem Zuschnitt der Entlastungen weit entgegen. Allerdings trug Bushs Steuerpolitik neben der Bildungspolitik wesentlich zu dem Parteiaustritt von Senator James Jeffords (I-Vt.) und dem hieraus resultierenden Verlust der republikanischen Kontrolle des Senats bei (vgl. CR 6-7/2001, S. 1).

Stärker noch prägte die Notwendigkeit der zwischenparteilichen Kooperation den zweiten großen Erfolg der Bush-Administration, die Verabschiedung der Bildungsreform (siehe Punkt 2). Der sich bereits im April letzten Jahres abzeichnende Durchbruch in den Verhandlungen erforderte nicht nur ein deutliches Entgegenkommen der Administration in der Frage der Finanzierung wie der Stärkung der Bundesaufsicht über die Schulleistungen, sondern auch die Bereitschaft, auf zentrale konservative Forderungen wie die umstrittenen *school vouchers* zu verzichten (vgl. CR 4/2001, S. 8).

Selbst in den von einem breiten öffentlichen Konsens getragenen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung musste der Präsident aus der Sicht konservativer Republikaner hochproblematische Zugeständnisse machen, um eine schnelle, von beiden Parteien mehrheitlich unterstützte Verabschiedung zu gewährleisten. Hier bewies die Administration auch im Umgang mit von ihr selbst propagierten konservativen Positionen eine hohe Flexibilität, beispielsweise in der Übernahme der Flughafensicherheit durch den Bund, der sie auf Drängen der Demokraten und gegen den heftigen Widerstand aus den eigenen Reihen zugestimmt hat (vgl. CR 11/2001, S. 1).

Andere Initiativen der Administration, bei denen sich keine solchen Kompromisse erzielen ließen, gerieten noch vor dem Mehrheitswechsel im Senat im Juni 2001 in Schwierigkeiten, woran auch der Sog zur Überparteilichkeit durch die Terroranschläge vom September wenig änderte. Aufgrund des inhaltlichen Dissenses kamen vor allem die Initiativen der Administration in der Energiepolitik wie in der Sozial- und Gesundheitspolitik in den Beratungen im Congress bisher kaum voran.

Nur noch geringe Chancen werden unter den veränderten Vorzeichen insbesondere Bushs Initiative einer stärkeren staatlichen Förderung der Sozialarbeit religiöser Gruppen eingeräumt (*faith based charities*, vgl. CR 3/2001, S. 7). Vor schwierigen Verhandlungen steht die Administration zudem mit ihren Vorschlägen zur Reform von Medicare, dem Krankenversicherungsprogramm für Senioren, das durch eine Medi-

kamentenzusatzversicherung ergänzt werden soll (vgl. CR 3/2001, S. 8), ebenso wie der Reform der Rentenversicherung (vgl. CR 12/2001, S. 8).

Aufgrund inhaltlicher Auseinandersetzungen blieben bisher auch das Konjunkturprogramm der Administration (siehe Punkt 1) sowie die Versicherungsgesetzgebung in Reaktion auf die September-Anschläge blockiert (vgl. CR 12/2001, S. 4). Umgekehrt konnten allerdings die Demokraten mit ihren Reformprioritäten in der Regulierung des Gesundheitswesens (*Patients Bill of Rights*, vgl. CR 8/2001, S. 5) oder der Neuregelung der Wahlkampffinanzierung (vgl. CR 3/2001, S. 4) in der ersten Sitzungsperiode des 107. Congress ebenso wenig Erfolge erzielen.

In der Außenpolitik griff der neue *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) den Kurs des Präsidenten vor dem 11. September in scharfer Form an und warf der Administration unverhüllt eindimensionales Verhalten vor. Gemeint war der Hang Bushs zum außenpolitischen Alleingang, wie er sich im Umgang mit dem Kioto-Protokoll zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, der Biowaffen-Konvention, dem ABM-Raketenabwehr-Vertrag, dem Ottawa-Vertrag über die Ächtung von Anti-Personenminen und dem umfassenden nuklearen Teststoppvertrag manifestierte. Die demokratische Mehrheit im Senat forderte eine Renaissance des Multilateralismus und verwies auf die Verwundbarkeit der USA im Zeitalter zunehmender globaler Interdependenz (vgl. CR 8/2001, S. 1).

Dass die kritischen Töne nach dem 11. September sehr viel leiser geworden sind, unterstreicht die Diskussion über die Raketenabwehr, wo die Demokraten ursprünglich auf Einhaltung des ABM-Vertrages aus dem Jahr 1972 gepocht hatten, dann aber zunächst auf eine weitere Kontroverse verzichteten, um sich nicht dem Vorwurf des parteipolitischen Gezänks und der Illoyalität gegenüber dem Präsidenten in Zeiten des Krieges auszusetzen (vgl. CR 9/2001, S. 9). Die Bush-Administration hält den ABM-Vertrag für nicht mehr „zeitgemäß“ und hat ihn im Dezember 2001 aufgekündigt. Der amerikanische Präsident begründete diesen Schritt mit Verweis auf den Schutz der USA vor zukünftigen „terroristischen Angriffen oder Raketenangriffen durch Schurkenstaaten.“

Auch mit Blick auf den Verteidigungshaushalt stellte sich der Congress hinter den Präsidenten und verabschiedete Mehrausgaben in Höhe von 33 Mrd. USD, wobei etwa die Hälfte als Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ausgewiesen wurden. Hier war der Sog der Ereignisse des 11. September ebenfalls unverkennbar, zumal die amerikanische Öffentlichkeit Rüstungssteigerungen befürwortet.

In der Außenhandelspolitik konnte Präsident Bush ebenfalls vom Loyalitätsdruck im Congress nach den Terroranschlägen profitieren. So befürwortete das Repräsentantenhaus die Erneuerung der *fast-track authority* des Präsidenten bei Handelsverträgen, der große Bedeutung mit Blick auf Ausweitung des Freihandels zugeschrieben wird (vgl. CR 12/2001, S. 1). Allerdings zeigte die Abstimmung über die sogenannte *trade promotion authority* im Repräsentantenhaus auch, wie zerbrechlich der Konsens zwischen

den Demokraten und dem Präsidenten nach wie vor ist. Obwohl *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) die Mitglieder der Kammer ausdrücklich zur Geschlossenheit mit dem Präsidenten im Zeichen der nationalen Bedrohung aufrief, kam nur eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme für die Erneuerung von fast track zustande. 189 Demokraten, 23 Republikaner und zwei Unabhängige verweigerten dem Präsidenten die Gefolgschaft.

Gerade das Ringen um die Erneuerung der trade promotion authority unterstreicht, dass die Loyalitätsbereitschaft im Congress selbst unter den Vorzeichen von *war time politics* Grenzen hat. Einerseits müssen die Demokraten bemüht sein, sich hinter den Präsidenten zu stellen, um sich nicht dem Vorwurf der Parteipolitik auszusetzen. Andererseits müssen sie mit Blick auf die Zwischenwahlen im November 2002 aber auch versuchen, ihr parteipolitisches Profil zu schärfen, wenn sie die Mehrheit im Senat behalten und im Repräsentantenhaus zurückgewinnen wollen. Das dürfte trotz des nach dem 11. September entstandenen Zwangs zur Loyalität gegenüber dem Präsidenten in der zweiten Sitzungsperiode des 107. Congress zu Profilierungszwängen führen.

In der Regel bieten die *Midterm*-Wahlen nämlich der Partei, die nicht den Präsidenten stellt, eine gute Chance, Sitze hinzuzugewinnen. Inwieweit dies den Demokraten freilich angesichts der großen Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit zur Politik Bushs nach den Terroranschlägen im November 2002 gelingen wird, bleibt abzuwarten. Jüngsten Umfragen zufolge hat die Identifikation der Wähler mit der Republikanischen Partei seit den Terrorangriffen merklich zugenommen. Anfang Januar 2002 identifizierten sich 45 Prozent der Befragten mit der Demokratischen und 44 Prozent mit der Republikanischen Partei. Vor dem 11. September waren es 37 Prozent gewesen, die sich mit den Republikanern identifizierten, während 46 Prozent sich als den Demokraten nahestehend bezeichneten.

4. Das Programm der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperationsdruck und Profilierungszwang

Die Gesetzgebungsagenda der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress steht im Zeichen der Zwischenwahlen, bei denen 34 Sitze im Senat und alle 435 im Repräsentantenhaus neu besetzt werden. Da die Demokraten nur über die hauchdünne Mehrheit von einem Sitz im Senat, und die Republikaner im Repräsentantenhaus nur über einen Vorsprung von sechs Sitzen verfügen, könnten selbst kleinste Ergebnisverschiebungen große politische Nachwirkungen haben. Entsprechend ausgeprägt dürfte der Profilierungszwang für beide Parteien werden.

In der Innenpolitik hat *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) die Steuerentlastungspolitik Präsident Bushs (vgl. CR 6-7/2001, S. 3) Anfang Januar scharf kritisiert und für die Rezession in den Vereinigten Staaten verantwortlich gemacht. Daschle warf Bush und den Republikanern vor, dass die Steuersenkungen zu einer Zeit, „in der wir sowohl einen Krieg führen als auch die Rezession bekämpfen müssen“, die haushaltspo-

litische Flexibilität der USA stark einschränken. Einschnitte in die Haushaltsmittel zur Terrorismusbekämpfung oder der Rückgriff auf Überschüsse aus dem Sozialversicherungsfonds könnten die unliebsamen Folgen sein. Indes warf *Minority Leader* Trent Lott (R-Miss.) Daschle vor, die Agenda des Präsidenten blockieren zu wollen. Bush hat angekündigt, dass er für 2003 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wird und dafür den Krieg gegen den Terrorismus und die damit zusammenhängende Rezession verantwortlich gemacht. Der Präsident kündigte ein neues Konjunkturprogramm an. Versuche, ein solches Programm noch in der ersten Sitzungsperiode des 107. Congress auf den Weg zu bringen, waren an parteipolitischen Differenzen gescheitert (vgl. Punkt 1)

Neben der Wirtschafts- und Haushaltspolitik bestimmen die Sozial- und Gesundheitspolitik wie die Reform des Wahlsystems und der Wahlkampffinanzierung die innenpolitische Themenagenda des Congress. Schon in den schwierigen Verhandlungen um ein von allen Seiten gefordertes Konjunkturprogramm hat sich die Gesundheitspolitik mit der demokratischen Forderung nach zusätzlicher Unterstützung der Arbeitslosen in der Krankenversicherung als einer der problematischsten Punkte erwiesen.

Dennoch ist zum einen die von Präsident Bush vorgeschlagene Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes für Senioren durch eine Medikamentenzusatzversicherung (*Medigap Insurance*, vgl. CR 3/2001, S. 8) nicht ohne Chancen. Der zentrale Streitpunkt bleibt jedoch die Rolle des Bundes gegenüber den Einzelstaaten in der Organisation des neuen Programms, der ideologische Fundamentaldifferenzen zwischen den Parteien berührt. Zum anderen deuten neue Verhandlungsbemühungen zwischen der Administration und führenden Demokraten in der Frage der ebenfalls von beiden Parteien geforderten, in der Umsetzung aber hochkontroversen Regulierung des Gesundheitsmarktes zum Schutz von Patienten Kompromissbereitschaft an.

Kaum über eine erste Runde der inhaltlichen Debatte hinauskommen dürfte dagegen die von Bush propagierte Reform von *Social Security*, dem Rentenversicherungssystem, dem in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Finanzierungsprobleme drohen. Die von der Bush-Administration favorisierte Strategie einer Teil-"Privatisierung" der Rentenversorgung stößt in den demokratischen Congress-Fraktionen auf grundsätzliche Bedenken. Der von Präsident Bush eingesetzten Renten-Kommission ist es zudem nicht gelungen, sich auf einen geschlossenen Reformvorschlag zu einigen (vgl. CR 12/2001, S. 8).

Stärker durch die Konkurrenz zwischen den Parteien im Congress bestimmt sind die sich erneut abzeichnenden Auseinandersetzungen um die Neuregulierung der Wahlkampffinanzierung. Obwohl beide Kammern in den zurückliegenden Jahren mit den Stimmen der Demokraten wie von Republikanern vom linken Flügel der Partei wiederholt ähnliche Gesetzentwürfe verabschiedet haben, droht eine erneute Blockade durch die konservative Mehrheiten in den republikanischen Congress-Fraktionen, die vor allem Beschränkungen der Spenden und Aktivitäten politischer Interessengruppen ablehnend gegenüber stehen (vgl. CR 8/2001, S. 11).

Demgegenüber zeichnen sich in der Reform des US-Wahlsystems in Folge des Auszählungs-Debakels in den Präsidentschaftswahlen 2000 zwischenparteiliche Kompromissmöglichkeiten ab (vgl. CR 11/2001, S. 7). Allerdings müssen in dieser Frage wiederum die Verteilung der Kompetenzen und Aufsichtsbefugnisse zwischen Bund und Einzelstaaten noch im Detail geregelt werden, so dass eine Verhandlungslösung selbst angesichts des öffentlichen Erwartungsdrucks keineswegs als sicher gelten kann. Präsident Bush hat in beiden Fragen seine Bereitschaft signalisiert, vom Congress ausgehandelte Kompromisse gegebenenfalls zu unterstützen.

In der Außenpolitik dürfte der Kooperationsdruck für die Demokraten im Congress nach dem erfolgreichen Afghanistan-Krieg gegen das Taliban-Regime und das Al Kaida-Netzwerk erheblich bleiben, um sich nicht dem Vorwurf der Illoyalität gegenüber dem Präsidenten auszusetzen.

Erster Gradmesser für diesen Kooperationsdruck könnte die Debatte um den Rüstungshaushalt 2003 sein. Das Verteidigungsministerium möchte die Ausgaben in diesem Bereich im kommenden Haushaltsjahr um 20 Mrd. USD erhöhen, die insbesondere der Raketenabwehr, der Entwicklung unbemannter Flugzeuge und verbesserten C3I-Kapazitäten (*Command, Control, Communications and Intelligence*) zugute kommen sollen.

Inwieweit es ein Kräftemessen um den von der Bush-Administration beschlossenen Ausstieg aus dem ABM-Vertrag geben wird, den der Präsident ohne vorherige eingehende Konsultation mit dem Senat Dezember 2001 vollzogen hat, bleibt abzuwarten.

Die geplante Wiederaufnahme von Nuklearwaffentests durch die USA dürfte indes zu einem Kräftemessen zwischen den Demokraten und dem Weißen Haus führen. Jüngsten Berichten zufolge will sich die Administration zumindest die Option von Atomwaffentests offen halten, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des US-Nuklearwaffenarsenals, das von etwa 6.000 auf 2.000 Sprengköpfe verringert werden soll, nicht zu gefährden. Die USA haben seit 1992 keine Nuklearwaffen mehr getestet und den *Comprehensive Test Ban Treaty* (CTBT) 1996 unterzeichnet. Eine Ratifizierung des Vertrags scheiterte jedoch 1999 am Widerstand der Republikaner im Senat (vgl. CR 10/1999, S. 1).

5. Nachwahlen zum Repräsentantenhaus in South Carolina und Oklahoma

In den Nachwahlen zum Repräsentantenhaus in South Carolina im Dezember 2001 und in Oklahoma im Januar 2002 konnten die Republikaner erwartungsgemäß die von ihnen gehalten Wahlkreise verteidigen.

In South Carolina hat sich der republikanische Kandidat Joe Wilson, ein früheres Mitglied der Einzelstaaten-Legislative und Mitarbeiter seines Amtsvorgängers, mit 73 Prozent der Stimmen gegen seinen demokratischen Kontrahenten klar durchgesetzt.

Der Sitz (2nd District) war durch den Tod von Floyd Spence (R) im vergangenen Jahr vakant geworden.

In Oklahoma wurde eine Nachwahl im 1st District durch den für Mitte Februar angekündigten Rücktritt des Abgeordneten Steve Largent (R) notwendig. Largent will in den anstehenden Gouverneurswahlen als republikanischer Kandidat antreten. Mit 54 Prozent der Stimmen wurde der frühere Abgeordnete des Landesparlaments John Sullivan (R) zu seinem Nachfolger gewählt.

Durch den Tod des Abgeordneten Henry S. Reuss (D-Wisc.), der seit 28 Jahren dem Repräsentantenhaus angehört hatte, hat die demokratische Fraktion Mitte Januar 2002 zudem ein Mitglied verloren. In Folge der Nachwahlen und Reuss Tod ergibt sich die folgende veränderte Sitzverteilung im Repräsentantenhaus:

Repräsentantenhaus – 107. Congress*		
(Stand: Januar 2002)		
Republikaner	Demokraten	Unabhängige
222	210	2

* Vakant: 5th District, Wisconsin